Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1950)

Artikel: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht der Präsidialverwaltung

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417414

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1950

Bericht der Präsidialverwaltung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **F. Giovanoli**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **S. Brawand**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **S. Brawand**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat Dr. **V. Moine**

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr fanden 4 kantonale und 4 eidgenössische Volksabstimmungen statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen

Am 29. Januar stimmte das Bernervolk ab über den Volksbeschluss betreffend die Bewilligung eines Kredites zum *Wiederaufbau der Verwahrungsanstalt Thorberg*. Dieses Kreditbegehren wurde mit 67 974 Ja gegen 22 926 Nein, mit einem Mehr von 45 048 Stimmen angenommen. An der Abstimmung nahmen von 244 760 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigte Bürger 93 486 oder 37,12 % teil.

Die zweite kantonale Abstimmung fand am 4. Juni statt. Den Stimmberechtigten wurde der *Volksbeschluss betreffend die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Weiterführung der Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues* bis 31. Dezember 1950, zum Entscheid unterbreitet. Die Stimmberechtigten verneinten diese Frage mit 51 156 gegen 53 169, also mit einem Mehr von 2013 Stimmen. Von den 245 579 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 107 270 oder 43,68 % an die Urne.

Am 29. Oktober folgte die für den Kanton wichtigste kantonale Abstimmung, der Antrag auf *Abänderung der Art. 1, 2, 17, 26, 33 und 34 der Staatsverfassung* (Beziehung des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil). Mit dem überaus eindeutigen Ergebnis von 69 089 Ja gegen 7289 Nein, also mit einem Mehr von 61 800 Stimmen, hat das Bernervolk dieser Verfassungsänderung zugestimmt. In allen bernischen Abstimmungskreisen ist diese Vorlage angenommen worden. Dieses schöne und einmütige Ergebnis stellt dem Bernervolk ein gutes Zeugnis für sein staatspolitisches Verständnis aus. Von den 246 246 in kantonalen Angelegenheiten stimmfähigen Bürgern gingen nur 77 031 oder 31,28 % an die Urne.

Die letzte kantonale Abstimmung fand am 3. Dezember statt. Die Stimmberechtigten hatten Stellung zu nehmen zu 2 Vorlagen, nämlich: 1. *Gesetzesentwurf über die Nutzung des Wassers*, und 2. *Volksbeschluss über die Beteiligung des Staates Bern an der Privatbahnhilfe* gemäss BG vom 6. April 1939 und Ergänzungsgesetz vom 21. Dezember 1949 zugunsten der Compagnie des chemins de fer du Jura.

Der Gesetzesentwurf wurde angenommen mit 80 409 gegen 24 674 Stimmen, also mit einem Mehr von 55 735 Stimmen, während beim Volksbeschluss 75 738 annehmenden 30 563 ablehnende Stimmen gegenüberstunden. Für beide Vorlagen gingen von 246 047 in kantonale Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern 113 142 an die Urne oder 45,97 %.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen

Am 29. Januar hatte das Schweizervolk abzustimmen über den *Bundesbeschluss betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer und die Abänderung des Bundesbeschlusses über die Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit.* Im Kanton Bern wurde dieser Beschluss mit 48 737 Ja gegen 44 220 Nein oder mit einem Mehr von 4517 Stimmen angenommen. Von den 245 829 in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 93 787 an die Urne, oder 38,15 %.

Die zweite Volksabstimmung in eidgenössischen Angelegenheiten fand am 4. Juni statt über den *Bundesbeschluss über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes.* Im Kanton Bern stimmten diesem Beschluss 28 834 Bürger zu, während ihn 77 929 ablehnten. Das verwerfende Mehr betrug 49 095 Stimmen. Die Zahl der in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürger betrug am Abstimmungstag 246 692, von denen 107 672 an die Urne gingen, oder 43,64 %.

Am 1. Oktober fand die dritte eidgenössische Abstimmung statt über das *Volksbegehren zum Schutze des Bodens und der Arbeit durch Verhinderung der Spekulation (Jungbauern-Initiative).* Dieses Volksbegehren wurde im Kanton Bern abgelehnt mit einem Mehr von 28 499 Stimmen bei 23 621 zustimmenden und 52 120 verwerfenden Stimmen. An die Urne gingen von 247 143 Stimmberechtigten 76 717, oder 31,04 %.

Die vierte und letzte eidgenössische Abstimmung im Berichtsjahr fand am 3. Dezember statt. Zwei Vorlagen wurden dem Volke zum Entscheid unterbreitet, nämlich 1. der *Bundesbeschluss über die Finanzordnung 1951–1954,* und 2. der *Beschluss betreffend Abänderung des Art. 72 der Bundesverfassung (Wahl des Nationalrates).* Beide Vorlagen wurden im Kanton Bern angenommen, und zwar die erstere mit 83 685 gegen 24 557 Stimmen, oder mit einem Mehr von 59 128, und die zweite mit 69 454 gegen 20 852, oder mit einem Mehr von 48 602 Stimmen. An diesem Abstimmungstag gingen von 246 992 in eidgenössischen Angelegenheiten Stimmberechtigten 113 404 oder 45,91 % an die Urne.

Vertretung des Kantons in der Bundesversammlung

Im Berichtsjahr verschied Nationalrat Ernst Jakob in Port. Er wurde ersetzt durch den nächstfolgenden Ersatzmann auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern, Walter Stünzi, städtischer Fürsorgeverwalter in Thun.

Am 29. November bestätigte der Grosse Rat die beiden bisherigen Abgeordneten des Standes Bern im Ständerat, Rudolf Weber, Landwirt in Grasswil, und Regierungsrat Georges Moeckli in Bern, für eine weitere Amtsperiode vom 1. Dezember 1950 bis 30. November 1951.

Grosser Rat

Der Grosse Rat versammelte sich im Berichtsjahr zu 5 Sessionen mit insgesamt 43 Sitzungen. Von diesen Sessionen waren 2 ausserordentliche, die eine im Januar/Februar und die zweite im April.

Vor der Gesamterneuerung des Grossen Rates amtete als Präsident Dr. Ernst Steinmann, Verbandspräsident in Bern, und als Vizepräsident Walter Stünzi, städtischer Fürsorgeverwalter in Thun, und Otto Steiger, Gemeinderat in Bern.

Am 7. Mai fanden zum achtenmal nach dem Proporzsystem die Erneuerungswahlen des Grossen Rates statt. Einzelheiten über diese Wahlen sind dem besondern Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat zu entnehmen (Tagblatt 1950, S. 328). Die Wahlen verliefen im ganzen Kantonsgebiet ruhig und ohne irgendwelche Störungen.

In den Amtsbezirken Erlach und Ober-Simmental wurden nicht mehr Kandidaten aufgestellt, als Sitze zu besetzen waren. Die Vorgeschlagenen konnten deshalb im stillen Verfahren als gewählt erklärt werden und der öffentliche Wahlgang fand nicht statt.

Beschwerden wurden eingereicht in den Amtsbezirken Neuenstadt, Laufen und Trachselwald. Dabei handelte es sich im Amtsbezirk Neuenstadt um eine Beschwerde im Vorverfahren. Zum erstenmal war die Frage zu entscheiden, ob in einem Einerwahlkreis die Vorschriften des Proporzes analog anzuwenden seien. Der Grosse Rat bejahte die Frage. Demgemäss schützte er auch den Entscheid des Regierungsrates, der feststellte, dass formell keine gültige Liste eingereicht ist, wenn eines der drei Merkmale fehlt, nämlich die Listenbezeichnung, die Bekanntgabe der Kandidaten und die Unterzeichnung des Wahlvorschlages durch mindestens 10 im Wahlkreis stimmberechtigte Bürger. Beschwerden, die aus dem Amt Neuenstadt gegen diesen Entscheid beim Bundesgericht eingereicht wurden, sind, nachdem dieses ein Sistierungsgesuch abgelehnt hatte, zurückgezogen worden, weil, wie der Sistierungsentscheid feststellte, ein Erfolg des Rekurses der Beschwerdeführer sehr wenig wahrscheinlich war. Das Bundesgericht hat das Geschäft am 20. Mai durch Beschluss abgeschrieben.

Die beiden Beschwerden aus den Amtsbezirken Trachselwald und Laufen erwiesen sich als unbegründet. Der Grosse Rat hat deshalb sämtliche Wahlen in seiner konstituierenden Sitzung erwahrt.

Von den 194 gewählten Kandidaten gehörten bereits früher 129 dem Grossen Rat an, während 65 Mitglieder neu in diese Behörde eintraten.

Gemäss Geschäftsordnung für den Grossen Rat bedarf es zur Bildung einer Fraktion 5 Mitglieder. Es konnten deshalb 4 Fraktionen gebildet werden, nämlich

BGB-Partei	79
Sozialdemokratische Partei	68
Freisinnig-demokratische Partei	32
Katholische Volkspartei	10

Dem Grossen Rat gehören ferner an:

vom Landesring der Unabhängigen	4
von der Liberalsozialistischen Partei	1

Die bisherigen Vertreter der PdA wurden nicht wiedergewählt, so dass diese Partei im bernischen Grossen Rat nicht mehr vertreten ist.

Die konstituierende Sitzung des neugewählten Grossen Rates fand reglementsgemäss am 1. Juni statt und wurde durch Regierungspräsident Dr. F. Giovanoli eröffnet. Als Alterspräsident des Grossen Rates amtete Grossrat Daniel Jossi, Zimmermeister, Wasserwendi/Hasleberg.

Darauf wählte der Grosse Rat zu seinem Präsidenten den bisherigen 1. Vizepräsidenten, Walter Stünzi, städtischer Fürsorgeverwalter in Thun, und als Vizepräsidenten Otto Steiger, Gemeinderat in Bern, und Ernst Studer, diplomierter Baumeister in Burgdorf.

Nach der Gesamterneuerung des Grossen Rates traten aus diesem zurück: Kurt Trachsel in Lyss und Werner Berger in Bern. An die frei gewordenen Sitze rückten nach je der erste Ersatzmann: von der Liste des Sozialdemokratischen Amtsverbandes Aarberg: Hans Andres, Chefmechaniker in Bargen, und von der Liste der Freisinnig-demokratischen Partei des Wahlkreises Bern-Stadt Dr. Fritz Imboden, Verbandssekretär in Bern.

Der Regierungsrat dankt, soweit an ihm, den beiden Zurückgetretenen für die dem Staat Bern geleisteten Dienste.

Im Berichtsjahr wurden folgende wichtige Geschäfte behandelt:

1. Verfassungsänderungen

Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil, 2. Beratung.

2. Gesetze

Gesetz über die Nutzung des Wassers.

Gesetz über das Gesundheitswesen, 2. Beratung.

Gesetz über Jagd, Wild- und Vogelschutz, 1. und 2. Beratung.

Gesetz über den Ausbau der Rechtspflege, 1. Beratung.

3. Dekrete

Dekret über die Besteuerung der Motorfahrzeuge; Abänderung des Dekretes vom 4. Juni 1940/19. November 1947/14. November 1949.

Dekret betreffend die Beteiligung des Staates an der Versicherung der Kindergärtnerinnen bei der bernischen Lehrerversicherungskasse.

Dekret über die Einreihung der Gemeinden in die Besoldungsbeitragsklassen für die Lehrerbesoldungen.

Dekret betreffend die Ermässigung der Gemeindeanteile am Ausbau von Hauptstrassen.

Dekret betreffend die Errichtung neuer Pfarrstellen:
- Kirchgemeinden Bolligen, 3. Pfarrstelle mit Sitz in Ittigen.
- Bümpliz, 3. Pfarrstelle mit Sitz in Bethlehem.
- Köniz, 4. Pfarrstelle mit Sitz in Oberwangen.
- Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Porrentruy, 3. Pfarrstelle.

Dekret betreffend die Errichtung römisch-katholischer Kirchgemeinden vom 8. März 1939 (Abänderung).

Dekret über die Gewährung von Teuerungszulagen für das Jahr 1951 an Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse.

Dekret über die Neufestsetzung der Besoldungen und Teuerungszulagen der Lehrerschaft an den Primar- und Mittelschulen.

Dekret über die Neufestsetzung der Grundbesoldungen des Staatspersonals.

Dekret über die Verschmelzung der Einwohnergemeinde Tramelan-dessous und Tramelan-dessus zu einer Einwohnergemeinde Tramelan.

Dekret über die versicherten Besoldungen der Lehrerschaft.

4. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahre 1949 waren im Berichtsjahr noch 7 Motionen zu behandeln. Dazu wurden 12 neue eingereicht. Von diesen 19 Motionen wurden im Berichtsjahr 13 erledigt. Die Behandlung der verbleibenden 6 wurde auf das nächste Berichtsjahr verschoben.

Aus dem Jahr 1949 waren noch 9 Postulate hängig. Im Berichtsjahr wurden 24 weitere eingereicht. Von diesen 33 Postulaten behandelte der Rat 20, 4 konnten infolge Rückzuges abgeschrieben werden. 9 wurden auf das nächste Geschäftsjahr verschoben.

Der Regierungsrat beantwortete im weitern 24 Interpellationen, während eine durch Rückzug erledigt wurde.

Schliesslich wurden 37 Einfache Anfragen beantwortet.

5. Andere Geschäfte

Neben der Behandlung des Verwaltungsberichtes, der Staatsrechnung und des Voranschlages sind noch folgende Geschäfte zu erwähnen:

Grossratsbeschluss betreffend Bereitstellung finanzieller Mittel für die Weiterführung der Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues.

Zwischenbericht über die Verwaltungsreform.

Kredit zur Hebung des Fremdenverkehrs in bernischen Kurorten im Winter 1950/51.

Grossratsbeschluss zur Aufnahme einer Anleihe von 30 Millionen Franken zur Rückzahlung der Anleihe von 29 Millionen Franken vom Jahr 1942.

Bewilligung eines Nachkredites zur Behebung von Lawinen-, Unwetter- und Frostschäden auf Staatsstrassen.

Beteiligung des Staates an der Privatbahnhilfe Compagnie des chemins de fer du Jura, Rechtsufrige Thunerseebahn, Solothurn–Zollikofen–Bern-Bahn.

Übertragung der dem Staat Bern als Aktionär aus der Liquidation der ALPAR zufliessenden Liquidationsdividende an die Flugplatz-Fluggesellschaft AG., Bern.

Zustimmung zum Bericht des Regierungsrates über den Bau des Kraftwerkes Oberaar.

Ausserordentlicher Staatsbeitrag an die Stadt- und Hochschulbibliothek.

Schaffung eines allgemeinen Unterstützungsfonds der Stiftung «Bernische Bauernhilfe».

Dazu kommen verschiedene Geschäfte, wie Beiträge an Berufsschulbauten, Bau- und Betriebsbeiträge

an diverse Spitäler und Heilstätten, An- und Verkauf von Liegenschaften, Bewilligung von Krediten für Hoch-, Strassen- und Wasserbauten und Bewilligung von Beiträgen an Schulhausbauten sowie für Weganlagen und Meliorationen.

6. Wahlen

Von den wichtigeren Wahlgeschäften, die der Grosse Rat ausser der Bestellung seines Büros und seiner ständigen Kommissionen vorzunehmen hatte, seien erwähnt:

Wahl eines 20. Oberrichters gestützt auf den Grossratsbeschluss vom 24. Januar 1950, in der Person von Dr. Peter Schaad, bisher Gerichtspräsident in Bern. An dessen Stelle wurde als Ersatzmann des Obergerichtes gewählt: Dr. Max Troesch, Gerichtspräsident in Bern.

Ferner wurde an Stelle des zurückgetretenen Dr. S. Brahier in Moutier als Ersatzmann des Obergerichtes gewählt: Dr. Georges Boinay, Fürsprecher und Notar in Porrentruy.

Als Mitglied des Verwaltungsgerichtes wurde an Stelle des zurückgetretenen Dr. Troesch gewählt: Dr. M. Hofstetter, Vormundschaftsverwalter in Thun, und an dessen Stelle als Ersatzmann Grossrat Dr. Reynold Tschäppät, eidgenössischer Beamter in Bern.

Wiedergewählt wurde die kantonale Rekurskommission mit Präsident Kellerhals an der Spitze sowie die Aufsichtskommission der Kantonalbank.

Schliesslich hatte der Rat noch einige Ersatzwahlen vorzunehmen für verstorbene und zurückgetretene kaufmännische Mitglieder des Handelsgerichtes.

Am 1. März besuchte der Grosse Rat auf Einladung der Direktion des Kunstmuseums Bern die Kunstwerke der Münchner Museen, und in der Novembersession war er ins Konservatorium in Bern eingeladen zur Besichtigung des Farbenfilms über die KABA, Thun.

Regierungsrat

Die Bestätigungswahl für die Mitglieder des Regierungsrates fand am 7. und 21. Mai 1950 statt. Alle bisherigen Regierungsräte wurden wiedergewählt.

Als Regierungspräsident amtete vom 1. Januar bis 31. Mai Regierungsrat Dr. F. Giovanoli, Direktor der Sanität und des Gemeindewesens. In der konstituierenden Sitzung des Grossen Rates wurde als Präsident des Regierungsrates gewählt: der bisherige Vizepräsident Regierungsrat S. Brawand, Direktor der Bauten und der Eisenbahnen. Als Vizepräsident wählte der Grosse Rat Regierungsrat Dr. V. Moine, Direktor der Justiz.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 109 Sitzungen ab und behandelte 7025 Geschäfte. Die Anzahl der behandelten Geschäfte hat gegenüber dem Vorjahr um 291 abgenommen. Für die Organisation und Zuteilung der Direktionen des Regierungsrates beschloss der Grosse Rat in seiner Sitzung vom 2. Juni Beibehaltung der bisherigen Ordnung. Der Grosse Rat hat am 31. Januar 1950 in 2. Lesung den Antrag des Regierungsrates betreffend die Verfassungsänderung (Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil) einmütig gutgeheissen. In der Volksabstimmung vom 29. Oktober 1950 wurden die Anträge des Grossen Rates vom Bernervolk wie bereits erwähnt, ebenfalls angenommen. Die Vorlage ging an den Bundesrat zur Einholung der Gewährleistung durch die Bundesversammlung. Sowohl der Nationalrat wie der Ständerat gewährleisteten durch Beschluss vom 4. resp. 12. April 1951 diese bernische Verfassungsänderung. Anlässlich der Behandlung im Nationalrat hat der Kommissionsreferent, Dr. Urs Dietschi (Solothurn) in einem eindrücklichen Referat die Verfassungsänderung zur Genehmigung empfohlen und dabei den bernischen Behörden eine Anerkennung ausgesprochen zur staatsmännischen Leistung und das Bernervolk zu seiner staatsmännischen Einsicht beglückwünscht. Mit der Gewährleistung dieser Verfassungsänderung bleiben noch die im Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat über die Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil genehmigten Postulate zu erfüllen soweit diese nicht bereits verwirklicht wurden.

Bezirksbeamte

Vor Durchführung des Wahlganges betreffend die Gesamterneuerung der Bezirksbeamten traten in deren Bestand folgende Änderungen ein:

Aarberg: Infolge der Wahl zum Regierungsstatthalter/Gerichtspräsidenten im Amtsbezirk Erlach trat zurück: Dr. Ernst Jaberg, Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamter. Er wurde anlässlich der Gesamterneuerungswahlen ersetzt.

Bern: An Stelle des in das Obergericht gewählten Dr. P. Schaad wurde in stiller Wahl als Gerichtspräsident gewählt: lic. jur. Roger S. Goetschel, Fürsprecher in Bern.

Erlach: Zufolge seiner Wahl zum Staatsanwalt des Seelandes trat Regierungsstatthalter/Gerichtspräsident Alfred Wittwer, Erlach, von seinem Amt zurück. An seine Stelle wurde gewählt: Dr. Ernst Jaberg, bisher Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamter in Aarberg.

Am 25. Juni fanden die Gesamterneuerungswahlen für die Bezirksbeamten statt. In allen Amtsbezirken erfolgten diese auf dem Wege der stillen Wahl, mit folgenden Ausnahmen:

Aarberg: Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamter.

Wangen: Regierungsstatthalter.

Nach der Gesamterneuerung trat im Bestand der Bezirksbeamten im Berichtsjahr noch folgende Änderung ein:

Im Amtsbezirk Wangen erklärte der sowohl zum Regierungsstatthalter wie auch zum Gerichtspräsidenten gewählte bisherige Amtsinhaber, Fürsprecher H. Zeller, die Stelle des Regierungsstatthalters beibehalten zu wollen. Infolgedessen musste der Wahlgang für die Stelle des Gerichtspräsidenten neu angesetzt werden. Es wurde gewählt: Paul Jufer, bisher Gerichts-

schreiber/Betreibungs- und Konkursbeamter in Wangen. Die Neubesetzung der damit frei gewordenen Stelle eines Gerichtsschreibers fällt in das Jahr 1951.

Amtsrichter

Vor der Gesamterneuerung ergaben sich folgende Änderungen:

Moutier: An Stelle des zurückgetretenen Alphonse Voirol wurde gewählt François Fleury, Uhrmacher in Mervelier.

Oberhasli: An Stelle des verstorbenen Chr. Zumbrunn wurde Kaspar Willi, Gemeindeschreiber in Willigen/Schattenhalb, gewählt.

Anlässlich der Gesamterneuerungswahlen musste nur in den Amtsbezirken Aarberg, Biel, Frutigen, La Neuveville und Wangen der öffentliche Wahlgang durchgeführt werden. In allen übrigen Amtsbezirken wurden die Amtsrichter auf dem Wege der stillen Wahl gewählt. Seit der Gesamterneuerung traten im Bestande der Amtsrichter noch folgende Änderungen ein:

Laufen: An Stelle des verstorbenen Arthur Weber wurde Ernst Saladin, Versicherungsinspektor in Duggingen, gewählt.

Wangen: An Stelle des bei den Gesamterneuerungswahlen gewählten Emil Osterwalder, der die Wahl ablehnte, wurde gewählt: Walter Tschumi, Gemeindeschreiber in Wolfisberg.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

Vor der Gesamterneuerung wurde im Amtsbezirk Nieder-Simmental an Stelle des im Jahr 1949 zum Amtsrichter gewählten J. Wampfler gewählt: Theodor Baur, Handelsmann in Reutigen.

Anlässlich der Gesamterneuerungswahlen konnten in allen Amtsbezirken der stille Wahlgang durchgeführt werden, mit Ausnahme der Ämter Aarberg, Courtelary und Frutigen. Nach diesen Wahlen traten noch folgende Änderungen ein:

Laufen: Der zum Amtsrichter gewählte E. Saladin in Duggingen wurde ersetzt durch Walter Studer, Werkführer in Dittingen.

Schwarzenburg: An Stelle des auf die Wahl verzichtenden R. Wenger wurde Adolf Bühlmann, Briefträger in Heubach/Rüschegg, gewählt.

Kantonale Geschworne

Gleichzeitig mit den Bezirksbeamtenwahlen fand am 25. Juni auch die Wahl der kantonalen Geschwornen statt. Im ganzen Kanton waren 486 kantonale Geschworne zu wählen. Die Wahlen dieser Geschwornen erfolgten im stillen Verfahren. Einzig in den Amtsbezirken Aarberg, La Neuveville und Nidau musste der öffentliche Wahlgang stattfinden.

Zivilstandsbeamte und Stellvertreter

Die Wiederwahl der Zivilstandsbeamten erfolgte ebenfalls gleichzeitig mit den Bezirksbeamtenwahlen. Dabei musste von den 248 Zivilstandskreisen des Kantons nur in Boécourt, Burgdorf, Corban, Fahy, Grandfontaine, Lyss, Montsevelier, Soubey und Wasen der öffentliche Wahlgang durchgeführt werden.

Staatskanzlei

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Aufschluss:

		Vorjahr
An die Direktionen überwiesene Eingänge	3127	(3532)
Überweisungen an den Grossen Rat . .	339	(372)

Drucksachenbestellungen, Verkaufssumme Fr. 99 145.74 (81 731.81).

Beglaubigung von 29 393 (29 532) Unterschriften, für welche Fr. 34 214.55 (34 302.95) Gebühren verrechnet wurden; davon wurden vom Regierungsstatthalter oder von den Gemeinden Fr. 23 683 (24 320) belegt, vom Legalisationsbüro oder durch Barverkauf Fr. 10 531.55 (9982.95).

Im Anweisungsverkehr wurden 2301 Geschäfte erledigt, die einen Ertrag an Gebühren von Fr. 196 474.90 ergaben.

Die französische Abteilung besorgte 3393 Geschäfte, davon 984 des Regierungsrates. Zu diesen Arbeiten kamen noch zahlreiche Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Im Berichtsjahr erschienen die restlichen Bände (III–V) der französischen revidierten Gesetzessammlung. Das Register zur französischen Gesetzessammlung ist in Vorbereitung und wird im Laufe des Jahres 1951 herausgegeben werden.

Am 10. Januar langten bei der Staatskanzlei innert der Ablaufsfrist die Bogen betreffend das Volksbegehren über die Ausübung der chiropraktischen Heilmethode im Kanton Bern ein. Nach Angabe der Einreicher wurden abgegeben: 1903 Bogen, die 34 822 beglaubigte Unterschriften enthalten sollten. Nach Prüfung der Unterschriften durch das Statistische Büro teilte dieses am 27. Februar mit, dass 1899 Bogen mit 33 933 gültigen Unterschriften festgestellt wurden. Das Volksbegehren ist demnach zustandegekommen. Es liegt bei der zuständigen Direktion zur Antragstellung an den Grossen Rat.

Benützung des Rathauses

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Grossratssaale 112 Sitzungen abgehalten. Die Sitzungszimmer wurden vom Grossen Rat für 41 Kommissionssitzungen und von den Direktionen für 311 weitere Anlässe benützt. Für die Benützung des Grossratssaals und der Kommissionszimmer werden, wenn es sich nicht um amtliche Anlässe handelt, zur Deckung der Selbstkosten Gebühren erhoben. Diese erreichen im Berichtsjahr den Betrag von Fr. 6844.70 gegenüber Fr. 6219.90 im Vorjahr. Auf vorherige Anmeldung fanden ferner im Rathaus 211 Besuche statt mit rund 3700 Personen. Auch dieses Jahr fiel ungefähr die Hälfte dieser Besuche auf Schulen und Vereine.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs

I. Benutzung

Das Staatsarchiv wurde von 330 Personen mit 2573 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 871 mündlich und 891 schriftlich erteilt.

II. Zuwachs

Von der Verwaltung wurden an Akten abgeliefert:

von der Kriminalkammer des Obergerichts: Akten von 1893–1904;
von der Rekurskommission: Akten 1929/30;
vom Vermessungsamt: eine grössere Anzahl Pläne und Bände;
von der Forstdirektion: eine grössere Anzahl Kauf- und Dienstbarkeitsverträge;
vom Amt Wangen: die historische Abteilung des Regierungsstatthalteramtes;
vom Amt Signau: Vormundschaftsrechnungen der Gemeinden von 1827–1852. Totenregister A 33 Bände;
vom Amt Aarwangen: ältere Vogtsrödel der Gemeinden, ca. 150 Bände;
vom Amt Nidau: 54 Pläne, Karten und Atlanten;
von der Militärdirektion: das Manual der Militärischen Gesellschaft in Bern, 1791–1797.

Zur vorübergehenden Aufbewahrung übernahm das Staatsarchiv Materialien der Finanzdirektion, der kantonalen Ausgleichskasse, der Fürsorgedirektion und der Polizeidirektion, Abteilung Zivilstandswesen.

Die Bibliothek vermehrte sich um 462 Bände, 885 Broschüren und 528 Blätter.

Unter den *Leihgaben* dieses Jahres ist die graphische Porträtsammlung des Berner Pfarrers Bernhard Rudolf Bay hervorzuheben, die von Frl. Maria Bay dem Staatsarchiv zur Aufbewahrung übergeben wurde. Vom Organisationskomitee der Jahrhundertfeier 1948 wurden die Originalskizzen von Frau Dr. Eberle zum historischen Umzug in Bern dem Staatsarchiv anvertraut. Herr Dr. Walter von Bonstetten substituierte in seinem Testament das Staatsarchiv Bern für seinen Nachlass an Familienpapieren und die dazugehörige Bibliothek. Als *Geschenk* übergab Herr Prof. Dr. Philipp Thormann dem Staatsarchiv Materialien zur Strafprozessordnung für den Kanton Bern 1908, zur Strafprozessreform 1911–1928; zum Gesetz über die Jugendstrafrechtspflege 1921–1930, zum Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege 1926/27 und zum Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch 1939/40.

III. Allgemeine Verwaltung

In der alten Abteilung (vor 1831) wurde die Urkundenrevision fortgesetzt. Es wurden gereinigt, neu verpackt und neu registriert die Urkunden der Fächer Burgdorf von 1500 an, Courtelary, Delsberg, Laufen, Erlach, Neuveville, Franches-Montagnes und Fraubrunnen bis 1270.

In der neuen Abteilung wurde die Neuaufstellung und Signierung der umfangreichen Abteilung Primarschulen, Lokales und Varia und Lehrerbildung (Seminarien, Patentprüfungen, Kurse) durchgeführt. Die Bearbeitung der vermischten Rückstände aus der Zeit vor 1937 wurde fortgesetzt.

IV. Inventare und Register

Die im Vorjahr begonnene Erschliessung der Abteilung der Ämterbücher durch Personen-, Orts- und Materienregister wurde fortgesetzt und auf die Ämter Aarberg, Trachselwald und (teilweise) Aarwangen ausgedehnt. Zu Band I der alten Missiven (15. Jahrhundert) wurde ein Inhaltsverzeichnis angelegt; ebenso ein chronologisches Verzeichnis der in den Fontesbänden 8 bis 10 enthaltenen wichtigeren Urkunden.

In der neuen Abteilung wurde das Gesamtregister über das Tagblatt des Grossen Rates von 1900–1945 fortgeführt. Die Erstellung der Registerzettel wurde abgeschlossen, ihre Sortierung durchgeführt und das Konzept begonnen. Die Arbeit soll im Jahre 1951 zum Abschluss kommen.

Als Arbeitsbeschaffungsaktion für den kaufmännischen Arbeitsdienst wurde eine Karthothek über die bernischen Grossräte von 1831 bis 1950 angelegt.

Fortgesetzt wurden das Emblemverzeichnis der Wappenkarthothek und nachgeführt die Karteien der Sammlung der Gutachten, der Gesetze und Verordnungen, der Bundchronik und der Bibliothek. In der Bibliothek wurde neu die Einzelsignierung der Bände und die Erstellung eines Standortkataloges eingeführt.

V. Führungen und Ausstellungen

Mit Ausstellungen verbundene Führungen im Archiv fanden statt für die Delegiertenversammlung des kantonalen Kanzleipersonalverbandes, für die Studenten der Universität Bern (Amt für Kunst und Kultur), für die stadtbernische Bürgerpartei, Südquartiere, ferner für folgende Schulen: Oberseminar Kl. II *a* und II *b*, Seminar Muristalden Kl. II; Ausstellungen besuchten 2 Klassen der Primarschule Sulgenbach und eine Klasse des Landerziehungsheims Oberried bei Belp.

VI. Lehrerfortbildungskurs

Als wertvoll erwies sich der vom 14.–19. August 1940 durchgeführte Lehrerfortbildungskurs für geschichtliche Heimatkunde und praktische Übungen im Urkundenlesen. Organisiert von der bernischen Vereinigung für Handarbeit und Schulreform und geleitet vom Assistenten des Staatsarchivs, Christian Lerch, hinterliess der Kurs bei Teilnehmern und Inspizienten einen ausgezeichneten Eindruck. Weitere derartige Kurse sind von den Initianten geplant.

VII. Wissenschaftliche Arbeiten, Gutachten, Berichte

Vom 10. Band der Fontes rerum bernensium liegt die erste Korrektur eines Teils des Registers (Aa–Mat) gedruckt vor. Der vom Adjunkten des Staatsarchivs, Emil Meyer, verfasste Aufsatz «Die erste jurassische Abordnung im bernischen Grossen Rat 1818», wurde dem Grossen Rat, dem Obergericht und dem Regierungsrat überreicht.

Für das Bluffton College, Ohio, USA, die höhere Lehranstalt der dortigen Alttäufer, die fast durchwegs bernischer Abstammung sind, wurden eine grössere Anzahl Dokumente zur Geschichte der bernischen Täufer im Mikrofilmverfahren reproduziert.

VIII. Bezirks- und Gemeindearchive

Im Berichtsjahr wurden zum Zweck der Kontrolle oder der Beratung die folgenden Bezirksarchive besucht: Aarwangen, Nidau, Schwarzenburg, Signau, Wangen und Wimmis. Zur Beratung wurden folgende Gemeindearchive besucht: das Stadtarchiv von Bern, die Archive von Boécourt, Les Breuleux, Courtelary, Langnau, Montfaucon, Le Noirmont, Reutigen und Trachselwald.

IX. Ehemaliges fürstbischöflich-baslerisches Archiv

Die detaillierte Sichtung und Inventarisierung einzelner Abteilungen wird fortgesetzt. Im Berichtsjahr wurden bearbeitet die folgenden, St-Ursanne betreffenden Abteilungen: le Chapitre (A 112), la Seigneurie (B 288), la recette (B 289), la ville (B 290).

X. Hallwylarchiv

Im Berichtsjahr wurde endlich ein summarisches Verzeichnis der Gesamtbestände des Hallwylarchivs erstellt, und es wurden diese Bestände teilweise neu aufgestellt.

Der Hallwylfonds betrug am 1. Januar 1950 Franken 14 006.10. Er beträgt am 31. Dezember 1950 Fr. 14 062.40. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf Fr. 413.88. Für die Bearbeitung des Inventars wurden Fr. 300 verausgabt. Ferner wurden in bescheidenem Umfang Werke über Geschichte und Heimatkunde des Aargaus für die Bibliothek des Staatsarchivs angeschafft.

Bern, den 21. Mai 1951.

Der Regierungspräsident:
Brawand

Vom Regierungsrat genehmigt am 22. Juni 1951

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider**